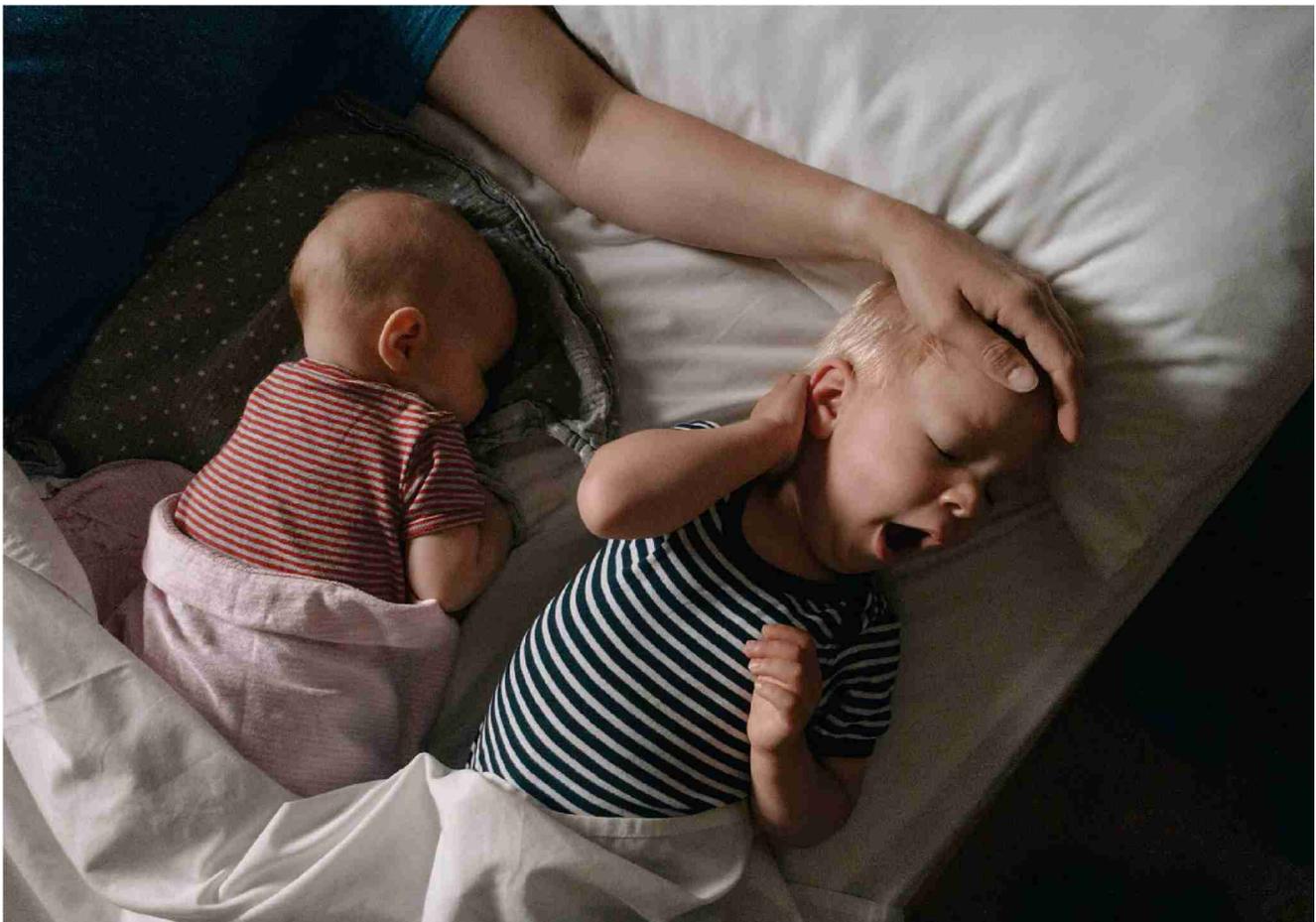




Zürich wagt keine eigene Elternzeit

Unterstützung für Familien Gegen eine Insellösung: Der Kantonsrat fürchtet Schäden für die Wirtschaft und lehnt die SP-Volksinitiative sowie den Gegenvorschlag ab.



Betreuung von Kleinkindern: Wenn Elternzeit gewährt wird, sind Mütter danach häufiger erwerbstätig. Foto: Getty Images, Westend61



Daniel Schneebeli

Es hätte ein Ausrufezeichen in der Familienpolitik sein können. Ein Ja zur SP-Volksinitiative hätte für Väter und Mütter nach der Geburt eines Kindes je 18 Wochen bezahlte Elternzeit gebracht. Ein Ja zum Gegenvorschlag immerhin noch 14 Wochen. Mit dieser Regelung würde der Kanton Zürich in der Schweiz eine Vorreiterrolle übernehmen. Doch davon wollte der Kantonsrat nichts wissen und lehnte die Initiative mit 108 zu 56 Stimmen ab. Und auch der Gegenvorschlag scheiterte, allerdings nur ganz knapp mit 82 zu 81 Stimmen.

Das Zünglein an der Waage spielten die Grünliberalen, die auf nationaler Ebene für eine 14-wöchige Elternzeit kämpften. Im Kantonsrat sprachen sie sich nun aber gegen die Initiative und auch gegen den Gegenvorschlag aus, wenigstens offiziell. Der Kanton sei die falsche Ebene, um eine Elternzeit einzuführen, sagte Claudia Hollenstein (Stäfa): «Kantönligeist ergibt nur einen Flickenteppich und Ungleichheit.» Besonders ungleich behandelt würden Zürcher Firmen im Vergleich zur ausserkantonalen Konkurrenz. Es sei besser, das Geld für den Ausbau der Kinderbetreuung einzusetzen, doppelte Thomas Wirth (Hombrechtikon) nach. Bei der Abstimmung zum Gegenvorschlag stimmten die Grünliberalen dann aber entgegen diesen Voten für Eintreten auf den Gegenvorschlag.

Schlusslicht in Europa

Derzeit gibt es im Kanton Zürich 14 Wochen bezahlten Mutterschafts- und 2 Wochen Vaterschaftsurlaub. Eine Studie der

Eidgenössischen Koordinationskommission für Familienfragen aus dem Jahr 2018 vergleicht diese Leistungen mit jenen in den OECD-Ländern. Demnach gewähren die meisten Mutterschafts- und Vaterschaftsurlaub in ähnlicher Grössenordnung wie die Schweiz. Darüber hinaus gibt es in Deutschland und Österreich mindestens 60 Wochen bezahlte Elternzeit, in Frankreich mindestens 52, in Schweden 80, in Norwegen 46, in Finnland 32 Wochen. Unterschiedlich ist die Höhe der Entschädigung: Während Norwegen den vollen Lohn gewährt, sind es in Deutschland und Österreich 65 respektive 80 Prozent.

Die Studie zeigt weiter, dass sich Elternzeit nicht nur positiv auf die Gesundheit von Mutter und Kind und auf die Gleichstellung der Geschlechter auswirkt, sondern auch auf die Wirtschaft. Wenn Elternzeit gewährt wird, sind Mütter danach häufiger erwerbstätig. Dennoch lehnte nun der Kantonsrat die Elternzeit ab. Hauptargument: Man will keinen Alleingang des Kantons Zürich.

Grundsätzlich dagegen war einzig die SVP. Es sei nicht Staatsaufgabe, Elternzeit zu organisieren und gar zu finanzieren, sagte Susanna Lisibach (Winterthur). Sie plädierte für die «Selbstorganisation» in den Familien. Lisi-

«Kantönligeist ergibt nur einen Flickenteppich und Ungleichheit.»

Claudia Hollenstein
Grünliberale, Stäfa

bach sprach sich auch gegen eine Zürcher Insellösung in der Schweiz aus, das schade der Zürcher Wirtschaft und besonders den Kleinunternehmen. Für Paul Meyer (SVP, Marthalen) wäre die Elternzeit gar eine Katastrophe. Es gehe ihm nicht ums Geld, sondern um die zusätzlichen Abwesenheiten seiner Mitarbeitenden.

Für die FDP war sowohl Initiative wie auch Gegenvorschlag «übertrieben». Für Carola Etter-Gick (Winterthur) liegt die zumutbare Grenze für eine Elternzeit bei 8 Wochen pro Elternteil.

Esther Straub (SP, Zürich) betonte, selbst mit einem Ja zur Initiative würde der Kanton Zürich im internationalen Vergleich immer noch im letzten Drittel rangieren. Die Argumente der Gegnerschaft bezeichnete sie als «mühsame Ausreden».

Das Gegenteil eines wirtschaftlichen Schadens resultiere aus der Elternzeit. Mehr Steuern, weniger Ergänzungsleistungen, mehr Fachpersonal und mehr Zufriedenheit in den Familien. Dem stimmte der Grüne Florian Heer (Winterthur) zu. Das heutige System mit lediglich 2 Wochen Vaterschaftsurlaub zementiere zudem alte Rollenbilder in den Familien.

Am Ende setzten sich die Gegner mithilfe der EVP durch. Zur Gegnerschaft zählte auch der Regierungsrat. Wie Sozialdirektor Mario Fehr (parteilos) ausführte, ist sowohl Initiative wie Gegenvorschlag nach der Pandemie eine zu grosse Belastung für die Unternehmen. Der Regierungsrat rechnet mit Mehrkosten von 423 beziehungsweise 260 Millionen Franken.